



**Für ein Europa der Vielfalt**

**Cornelia Ernst.**

# Impressum

Mein besonderer Dank für die gute Arbeit in der gesamten Legislaturperiode gilt meinem Team Manuela Kropp, Lorenz Krämer, Jan Robert Karas, Anja Eichhorn, Juliane Nagel und Sven Scheidemantel. All unseren BündnispartnerInnen in der Delegation DIE LINKE, unserer Partei und besonders meinem Landesverband sei gedankt für die freundschaftliche und solidarische Unterstützung.

Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke

Bilder: GUE/NGL, Uwe Hirsch, Lorenz Krämer, Manuela Kropp

Gestaltung und Zeichnung: Reiko Kammer

Redaktion: Manuela Kropp

Druck: Laserline

Auflage: 1.000 Exemplare

Brüssel, Januar 2014

[www.cornelia-ernst.de](http://www.cornelia-ernst.de)

Cornelia Ernst

Europäisches Parlament

Tel. +32 2 2847660

Mail: [cornelia.ernst@europarl.europa.eu](mailto:cornelia.ernst@europarl.europa.eu)





**»Gegen dumpfe Einfalt –  
die EU muss bunt, demokratisch,  
sozial und friedlich sein.«**





# Mehr Linke ins Europaparlament!

Als ich im Sommer 2009 im Europaparlament ankam, hörte ich so manche Sprache zum ersten Mal. 766 Abgeordnete kommen mittlerweile aus 28 Mitgliedstaaten. Ihre Herkunft, ihr politischer Hintergrund und ihre Vorstellung von Europa sind sehr verschieden. Schon unsere Fraktion ist bunt. Sie setzt sich aus drei politischen Familien zusammen, von VertreterInnen traditioneller kommunistischer Parteien, der reformierten Linken und der Nordisch-Grünen Linken. Gemeinsam haben wir gegen die zerstörerische Austeritätspolitik gekämpft, für die Bewahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge demonstriert und unsere Bündnisfähigkeit mit Gewerkschaften und NGOs unter Beweis gestellt. Als konföderale Fraktion ist die Meinungsbildung aber gar nicht so leicht, gibt es doch auch große Unterschiede in den politischen Positionen, wie zur Atomkraft oder zur Zukunft der EU. Mit Rechthaberei kommt man da nicht weiter. Das Schmieden und Durchhalten von Kompromissen gehört zum politischen Alltag des Parlamentes, in der eigenen Fraktion, aber auch darüber hinaus. Obwohl wir die zweitkleinste Fraktion sind, waren wir häufig das Zünglein an der Waage, wie bei der Ablehnung von ACTA (Abkommen gegen den Handel mit gefälschten Produkten) und beim Parlamentsbeschluss zu einem modernen Datenschutz in der EU. Das Europaparlament lebt von fraktionsübergreifender Arbeit. Über diesen Weg ist die Interessenbündelung möglich. Mit Unterstützung der Grünen und So-

zialdemokraten konnten wir Mehrheiten schaffen für höhere Umweltstandards im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und eine verträgliche Ausstattung der Strukturfonds für benachteiligte Regionen. Es gab Siege, aber auch herbe Niederlagen. Eine der größten ist das Versagen hinsichtlich des Asylpaketes, welches keine substantiellen Verbesserungen für Flüchtlinge gebracht hat. Immer wieder erlebte ich, wie der Rat der Europäischen Union Beschlüsse des Parlamentes aushebelte oder wie beim europäischen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 Parlamentarier unter Druck setzte, um einseitige nationale Interessen durchzuboxen. Die Stärkung der Kompetenzen des Parlamentes und der Demokratie auf europäischer Ebene ist daher ein zwingendes Muss. Insbesondere, wenn es um Fragen der Selbstbestimmung der Menschen, ihre Gleichheit vor dem Gesetz und den Gleichberechtigungsgrundsatz geht, zeigt sich, wie wichtig vor allem eine linke Kraft in diesem Parlament ist. Wir dürfen die europäische Politikebene nicht der europäischen Rechten überlassen. Der Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie und anderer Gründe braucht eine europäische linke Gegenmacht, damit ein Europa in Vielfalt eine realistische Chance erhält!

# Die EU – in Vielfalt geeint?

Demonstration gegen die inhumane Flüchtlingspolitik der EU.  
Im November 2013 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.



## »Frieden und Gerechtigkeit: dafür brauchen wir eine starke linke Fraktion im Europäischen Parlament!«

In der EU leben heute mehr als 500 Millionen Menschen. Wer einmal alle Länder der Union bereist, wird die Einzigartigkeit dieser Vielfalt erleben und zugleich spüren, wie sehr wir am Anfang einer gemeinsamen Entwicklung stehen. Die Verhältnisse, in denen die Menschen in der EU leben, waren nie so verschieden wie jetzt – trotz fortschreitender EU-Rechtsharmonisierung. Ein Drittel der Menschen lebt am Rande der Armut oder ist bitter arm.

Auch um ihrer selbst Willen muss sich die EU der Herausforderung stellen, die große Kluft zwischen *Arm* und *Reich* in den nächsten Jahrzehnten abzubauen. Dabei geht es nicht um Gleichmacherei, sondern um die Ausgestaltung eines lebenswerten, demokratischen und friedlichen Europas, mit berechenbaren und gleichwertigen sozialen, menschenrechtlichen und wirtschaftlich nachhaltigen Standards. Die EU – das ist nichts, das wie das Schicksal über uns kommt und leider auch nicht als ein linkes Projekt entstanden. Aber EU-Politik ist gestaltbare

Politik auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene mit ganz konkreten Akteur/innen, die in der Verantwortung stehen. Wir als Linke tragen auch Verantwortung für europäische Politik, weil wir die Einzigsten sind, die die soziale und Friedensfrage in das Zentrum der Politik stellen. Für uns ist soziale Gerechtigkeit und Frieden für Jede und Jeden das Maß aller Politik, Dreh- und Angelpunkt unseres Seins als Partei. Die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, in uns die vermutlich einzige Partei zu finden, die unter allen Umständen, unabhängig von den Schwankungen der Mode, Frieden und soziale Gerechtigkeit unverkäuflich und unablässig verfolgt, ist der wichtigste Grund, uns Linke so zahlreich wie möglich in die Parlamente zu schicken, auch ins Europaparlament. Denn wir bieten eine Gewissheit: Je mehr Linke in welchem Parlament auch immer vertreten sind, desto sicherer ist, dass soziale und friedliche Politik Gehör findet und an Mächtigkeit gewinnt. Das ist unser Job und den macht uns keiner vor.

## Mit Alexis Tsipras in den Europawahlkampf!

»Alexis Tsipras als Spitzenkandidat der Europäischen Linken ist die einzig richtige Antwort auf Merkels anti-europäische Politik. Mittlerweile ist ein Drittel der Griechen nicht sozialversichert. Sie brauchen unsere Solidarität.«



Die Politik gegenüber Griechenland seitens der EU und insbesondere seitens der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten erwies sich als Katastrophe. Griechenland wurde zum Pilotprojekt drastischer Austeritätspolitik, eines bisher nie dagewesenen Spardiktats, das die Lebenssituation von Millionen griechischer Bürgerinnen und Bürgern verschlechtert hat. 40% weniger Lohn und Rente, während die weiter anwachsende Rüstungsindustrie unangetastet blieb und damit französischen, deutschen und

anderen Rüstungskonzernen das gute Geschäft nicht verdorben wurde. Die Wirtschaftskraft wurde weiter gesenkt, wirtschaftliche Depression, soziale Verwerfungen, Wegbruch demokratischer Kultur sind die Folge. Garniert wurde diese brutale Politik mit einer entsprechenden Propaganda über die »faulen Pleitegriechen«. Es wurde damit mehr zerschlagen als in vielen Jahrzehnten aufgebaut und die Schuldfrage umfasst nicht nur falsches Management, sondern die bewusste Inkaufnahme der Zerstörung gesellschaftlicher Grundlagen eines Landes, einer Volkswirtschaft.

Wo finden wir uns als Linke darin wieder? Beim Widerstand gegen eine solche Politik, die im Kern auch antieuropäisch ist, und in gelebter Solidarität mit den Menschen in diesem Land. Keine Krise der Welt, keine Bankenkrise und auch nicht die hausgemachten Fehler eines Landes rechtfertigen solch eine Politik.

Von der Kraft der Linken wird viel abhängen, ob die Schuld für diese verhängnisvolle, zerstörerische Politik überhaupt wahrheitsgetreu aufgearbeitet wird, ob Ross und Reiter genannt werden. Auch griechische Regierungsverantwortung darf dabei nicht ausgenommen werden. Auf diesem langen Weg werden wir Linken uns nicht beirren lassen, wir werden Verantwortung und Ursachen aufdecken, Widerstand gegen die Austeritätspolitik, die unverzüglich beendet werden muss, organisieren und solidarisch an der Seite der Menschen in Griechenland und all jener Länder stehen, in denen eine ähnliche Politik umgesetzt wird. Mit der Wahl von Alexis Tsipras zu ihrem Europäischen Spitzenkandidaten für die Europawahlen hat die Europäische Linke die richtige Antwort auf die zerstörerische Griechenlandpolitik gegeben. Verbünden wir uns mit allen linken Kräften Europas, um einen Politikwechsel in der EU zu erkämpfen!



»Es muss Schluss sein  
mit der Politik der Spardiktate!«



# Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht überwunden !

Zumindest einige Schritte hin zur Bankenunion hat die EU durch ein Regelwerk zur Bankenkontrolle und einen europäischen Fonds zur Abwicklung von Pleitebanken unternommen. Damit wird jedoch den Ursachen der Krise nicht entgegenge wirkt, auch weil die damit verbundenen Schritte unzureichend und obendrein undurchsichtig sind. Die massiven Finanzhilfen für die Banken seit 2008 haben zwar den drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert, aber für die Ankerbe lung der Konjunktur gegen die Schrumpfung der Wirtschaftskraft betroffener Länder wurde absolut nichts unternommen. Die entsprechenden Volkswirtschaften sind immer mehr in den Abwärtsstrudel und damit in tiefgreifende gesellschaftliche Krisen geraten. Diese Abwärtsspirale muss durch eine neue wirtschaftliche Arbeitsteilung in Europa gestoppt werden, die mit einem umfassenden Investitionsprogramm verbunden wird. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht länger in Geiselhaft für die Banken genommen werden. Viel wichtiger ist die Verkleinerung der Banken und die Sorge dafür, dass bei der Haftung für marode Banken nicht die öffentlichen Haushalte, sondern Eigentümer und Gläubiger herangezogen werden. Wie das praktisch geschehen soll, bleibt bei allen bisherigen Vorschlägen der EU offen. Wir als Linke streiten für eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors in Europa, die Trennung des hochriskanten Investmentbankings von Zahlungsdienstleistungen und Spar- und Girokonten,

die Einführung eines Finanz-TÜV, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche prüft und genehmigt. Wichtig ist die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Dreh- und Angelpunkt bleibt jedoch die sofortige Beendigung der Spardiktatpolitik gegenüber den von der Krise betroffenen Ländern. Ein europäischer »Marshall-Plan« muss dazu eingerichtet und dafür zusätzliche Mittel in den EU-Haushalt eingespeist werden.

Übrigens: Mit einem Ausstieg aus dem Euro lösen sich keine Probleme ...

Man kann den Euro nicht allein unter ökonomischen Gesichtspunkten losgelöst von den ursprünglichen Zielen einer Europäischen Einigung diskutieren. Eine gemeinsame Währung ist die Konsequenz einer wirtschaftlichen Integration. Ein Ausstieg aus dem Euro läuft auf eine Infragestellung der wirtschaftlichen Integration hinaus und damit wird zwangsläufig auch die europäische Einigung als politisches Ziel infrage gestellt. Es entstünde die Gefahr eines Dominoeffekts, bei dem Spekulanten auf den Austritt weiterer Länder wetten und versuchen, diesen auch herbeizuführen. Auf Griechenland könnten Portugal, dann Spanien und schließlich Italien folgen. Da die europäische und internationale Wirtschaft inzwischen sehr stark verwoben ist, würde dieses Szenario in 42 Ländern zu einer

## »Wir brauchen keine Troika, sondern einen europäischen Marshall-Plan«

Rezession führen. Allein in Deutschland würde die Arbeitslosigkeit um mindestens 2,5 Prozent ansteigen, die Volkswirtschaft erlitt einen geschätzten Verlust von 1700 Milliarden Euro. Die Probleme der Euroländer würden durch einen Euro-Ausstieg nicht gelöst. Wohl aber würde die wirtschaftliche Integration zurückgedreht, sozialer Ausgleich erschwert und damit das europäische Einigungsprojekt in Gänze in Frage gestellt.





TROIKA FORA DE PORTUGAL

TROIKA FORA DE PORTUGAL

TROIKA FORA DE PORTUGAL

TROIKA FORA DE PORTUGAL

A QUANTIDADE DECRETOS E LEIS  
TROIKA FORA DE PORTUGAL

TROIKA FORA DE PORTUGAL

TROIKA FORA DE PORTUGAL  
ΕΞΩ Η ΤΡΟΙΚΑ ΑΠ ΤΗΝ ΠΟΡΤΟΓΑΛΙΑ

299

374

375

300

# Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig !

Die europäische Fördermittelpolitik hat in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen den Regionen der EU geleistet. Insbesondere bei der Integration der neuen Mitgliedstaaten spielte sie eine wichtige Rolle. In den letzten zwanzig Jahren haben in Deutschland vor allem die ostdeutschen Bundesländer von der Struktur fondsförderung der EU profitiert.

Mit Beginn der Wirtschaftskrise und den einsetzenden Sparmaßnahmen wurde der Zeitraum beendet, in dem die regionalen Unterschiede beim BIP pro Kopf und der Arbeitslosigkeit abgebaut wurden. Seit 2007 driften die regionalen Arbeitslosenquoten auseinander. Zwischen 2007 und 2010 schrumpfte in zwei Drittel der Regionen in Europa das BIP um bis zu sechs Prozent pro Jahr. Wir erleben einen eklatanten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut, im Jahr 2013 stieg die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern auf bis zu 23 Prozent. Die Zahl der Menschen, die von Armut betroffen sind, stieg um vier Millionen auf 120 Millionen in der EU. Das sind 24 Prozent der Bevölkerung in der EU. Die höchsten Armutsraten müssen wir in Bulgarien (49%), Rumänien und Lettland (40%), Griechenland und Ungarn (31%) feststellen.

In den letzten beiden Jahren wurde die Reform der europäischen Fördermittelpolitik im Europaparlament verhandelt. Dafür habe ich mit den Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion eine gemeinsame Position erarbeitet, damit wir auf allen Ebenen mit einer Stimme sprechen können.





## »Mehr Geld und Kompetenz für die Regionen und die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort!«

Es ist zu begrüßen, dass in der neuen Förderperiode 20 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Armutsbekämpfung ausgegeben werden sollen. Jedoch stehen insgesamt 8,4 Prozent weniger an Fördergeldern, das heißt insgesamt nur 325 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies ist angesichts von steigender Armut und wachsender Arbeitslosigkeit der falsche Ansatz – denn wir brauchen mehr Gelder für Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Armutsbekämpfung. Genauso problematisch ist die Einführung eines neuen Sanktionsmechanismus, mit dem jenen Regionen die Fördergelder gestrichen werden können, deren Mitgliedstaaten die europäischen Verschuldungskriterien nicht einhalten. Dies ist absolut kontraproduktiv, absurd und ungerecht.

Wir brauchen die europäische Fördermittelpolitik – für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Armutsbekämpfung. Aber dazu ist eine ausreichende Ausstattung mit Geldern erforderlich, eine stärkere Beteiligung der Landtage und der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der Förderprogramme, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Abschaffung des unsäglichen Sanktionsmechanismus, der die starken Mitgliedstaaten bevorzugt, die Schwachen im Regen stehen lässt und zu nichts nütze ist als der Fortschreibung der schädlichen Sparpolitik!



**»Die Rechte von Lesben, Schwulen und Frauen müssen verteidigt werden – mit allen Mitteln und auf allen Ebenen. Sowohl in den Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene.«**

# Frauenrechte müssen erkämpft und verteidigt werden !

Lange nicht mehr hat ein Bericht im Europaparlament so viel Aufregung im Vorfeld erzeugt wie der Bericht von Edite Estrela über sexuelle und reproduktive Gesundheit. Der Bericht war nach einer E-Mail-Kampagne von konservativer Seite abgelehnt worden – ein fatales Signal für die Frauenrechte in der Europäischen Union. Denn dieser Bericht forderte wichtige Dinge: für alle Frauen den Zugang zum legalen Schwangerschaftsabbruch und eine umfassende Sexualpädagogik. Die Diskussion darüber geriet zu einem Kampf zwischen sogenannten »Pro-Life-Anhängern«, die Frauen das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch absprechen, und Befürwortern des Schwangerschaftsabbruchs. In fast allen Mitgliedstaaten der EU ist der Schwangerschaftsabbruch legal oder zumindest straffrei (außer in Polen, Irland und Malta und neuerdings auch in Spanien). Trotzdem gibt es in einigen Mitgliedstaaten die bedenkliche Tendenz, Frauen den Zugang zum Abbruch zu verwehren – oft können die Ärzte aus Gewissensgründen den Abbruch verweigern und bringen die Frauen damit in eine Notlage.

In vielen Bereichen des Lebens ist die Gleichstellung von Männern und Frauen immer noch nicht Realität. Im Gegenteil – die wirtschaftliche Krise in der EU verschärft in vielen Bereichen

die Lage von Frauen. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist für Frauen von großer Bedeutung, damit sie eigenständige Entscheidungen treffen können. Doch im EU-Durchschnitt beträgt der Unterschied zwischen den Gehältern von Männern und Frauen immer noch 16 Prozent. In vielen Mitgliedstaaten der EU liegt der Unterschied sogar bei über 20 Prozent: Österreich, Tschechien, Deutschland, Griechenland, Zypern und die Slowakei. Dies hat natürlich auch Konsequenzen für den Rentenbezug: hier sind Frauen viel stärker von Armut betroffen als Männer. Die Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt unterscheidet sich schon allein dadurch, dass sie in den meisten Fällen für die Pflege und Versorgung der Angehörigen zuständig und dadurch besonders auf Angebote zur Kinderbetreuung und zur Versorgung älterer Menschen angewiesen sind. Im Zuge der Sparpolitik wird in diesen Bereichen besonders viel gespart, was dazu führt, dass Frauen hier die Hauptlasten schultern müssen. Umso wichtiger ist die Einführung einer verbindlichen Frauenquote – die Erfahrungen aus Norwegen belegen, dass alte Rollenbilder aufgebrochen werden können, wenn Frauen aufrücken und in verantwortungsvolle Positionen gelangen.

# Roma – Es ist Zeit zu handeln !

Roma bilden mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in der EU. Die Vorfahren stammen aus Nordwest-Indien und erreichten im 14. Jahrhundert Europa.

In den Staaten Mittel- und Osteuropas gehören Roma buchstäblich zu den Ärmsten der Armen. Viele leiden Hunger, oft fehlt es am Nötigsten. Roma werden in vielen Bereichen diskriminiert: beim Zugang zu Beschäftigung, zu Wohnraum, zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen.

Der Teufelskreis aus schlechter Bildung, schlechter Wohnsituation, Armut und Anfeindung durch die »Mehrheitsgesellschaft« muss durchbrochen werden. Dies ist aber nicht einfach, weigern sich doch die Behörden in einigen Mitgliedstaaten, gegen die Missstände vorzugehen. So werden Roma-Kinder in einigen Staaten der EU immer noch in gesonderten Schulen bzw. Klassenzimmern unterrichtet, mit einem vereinfachten Lehrplan. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits mehrfach diese Praxis verdammt. Trotzdem ist die Segregation von Roma-Kindern im Bildungsbereich in einigen Mitgliedstaaten immer noch an der Tagesordnung: in der Slowakei, in Tschechien und Ungarn. Genauso beim Zugang zu Wohnraum: oft werden Sozialwohnungen verweigert, oder Roma sind von Zwangsräumungen betroffen, ohne dass ihnen alternativer Wohnraum angeboten wird.

Hinzu kommen in vielen Mitgliedstaaten offene Anfeindungen und Gewalt gegen Roma – sowohl von Mitgliedern der Regierung, durch Behörden, als auch von der breiten Bevölkerung.

**»Solange wir über Roma reden, aber nicht mit ihnen, solange wird sich an ihrer Situation nicht viel ändern.«**

2011 erließ die Europäische Kommission die Europäische Roma-Rahmenstrategie, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Ausgrenzung in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnraum und Gesundheit zu bekämpfen. Allerdings sind seither kaum Fortschritte zu verzeichnen. Der Europäische Sozialfonds stellt Gelder für Inklusionsmaßnahmen bereit, jedoch müssen diese Gelder von regionaler bzw. nationaler Seite kofinanziert werden. Und in einigen Gemeinden fehlt schlicht der Wille der Behörden, die Gelder für Roma tatsächlich auszugeben.

Die Stadt Duisburg ist von der Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien (vorwiegend Roma) besonders betroffen. Allein die Erfüllung der Pflichtaufgaben stellt die Stadt vor kaum zu bewältigende Kosten. Die Kommunen müssen mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden, um die Integrationsmaßnahmen auch tatsächlich umsetzen zu können.

Die europäische Roma-Rahmenstrategie muss endlich mit einem Sanktionsmechanismus ausgestattet werden, der die Mitgliedstaaten in die Pflicht nimmt, die Integration von Roma voranzutreiben. Es muss konsequent gegen Diskriminierung und rassistische Ausgrenzung sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zuzugsländern vorgegangen werden.



**»An der Art und Weise, wie eine Gesellschaft eine Minderheit behandelt, zeigt sich der Grad ihrer Zivilisiertheit.«**

# Reisefreiheit in Europa sichern, Diskriminierung verhindern



## »Die EU muss offen sein – nach innen wie nach außen!«

Reisen ohne Grenzkontrollen wird oft als die größte Errungenschaft der EU bezeichnet. Allerdings dürfen die feierlichen Worte, die in Zusammenhang mit »Schengen« meist fallen, nicht darüber hinweg täuschen, dass die unkontrollierte Reisefreiheit bei den meisten europäischen Innenministern nicht besonders beliebt ist.

Daher gilt es immer wieder, die Reisefreiheit im Schengen-Raum zu verteidigen. Zuletzt wurde 2011 versucht, neue zusätzliche Regelungen einzuführen, mit denen die Reisefreiheit beschränkt werden könnte. Es ist ohnehin immer möglich gewesen, kurzfristig die Kontrollen wieder einzuführen, etwa bei sportlichen Großereignissen. 2011 ging es aber weder um eine Weltmeisterschaft noch um eine Naturkatastrophe, sondern darum, dass Tunesier, die über Italien in die EU gekommen waren, und rumänische und bulgarische Staatsangehörige in Frankreich und anderen Ländern offenbar nicht erwünscht waren. Deswegen, und aus keinem anderen Grund, sollten also plötzlich neue Regelungen her, damit diese Migration, völlig gegen den Geist von Schengen, unterbunden werden kann. Dass es hier um Diskriminierung geht, ist mehr als offensichtlich. Ich habe mich im Europaparlament immer konsequent dafür eingesetzt, dass die Grenzkontrollen abgeschafft bleiben, egal wer die Binnengrenzen passieren will. Letztlich geht es auch

gar nicht anders. Die Folge wären ansonsten diskriminierende und rassistische Kontrollen, die sich gegen Arme und Menschen mit dunkler Hautfarbe richten.

Dasselbe gilt für den Bereich der Visapolitik. Auch diese ist europäisch geregelt und 2010 wurde die Visumpflicht für die meisten Länder des Balkans abgeschafft. Natürlich machen auch Angehörige der Roma aus den betreffenden Ländern von dieser Freiheit Gebrauch, aber auch dies ist in der EU offenbar nicht erwünscht. Prompt wurde ein Mechanismus geschaffen, der es erlaubt, die Visafreiheit wieder auszusetzen, wenn eine bestimmte Quote erfolgloser Asylanträge aus einem bestimmten Land überschritten ist.

Auch dieser Regelung bin ich entschieden entgegengetreten, da sie zu noch mehr Diskriminierung führt, diesmal nicht in der EU, sondern in Serbien, Mazedonien, Bosnien. Dort werden heute bereits Roma an der Ausreise gehindert, weil man vermutet, dass sie in Deutschland oder anderswo einen Asylantrag stellen könnten.

Die Reisefreiheit in Europa ist tatsächlich eine Errungenschaft. Sie zu erhalten und frei von Diskriminierung wegen Hautfarbe oder Wohlstand zu gestalten, ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen für linke Politik im Europaparlament.

## **»Es darf nicht sein, dass tausende Flüchtlinge vor den Toren Europas ertrinken. Wir müssen die Abschottung beenden und eine menschenwürdige Politik für Flüchtlinge betreiben.«**

So wie die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft worden sind, so sind sie an den Außengrenzen verstärkt worden, hin zur schon sprichwörtlich gewordenen Festung Europa. Im Oktober 2013 ist diese Festung mit dem Schiffsunfall vor Lampedusa wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. So sehr die Reisefreiheit in der EU verteidigt werden muss, so sehr müssen wir die Abschottung Europas bekämpfen. Der erste Schritt ist es, der falschen Wahrnehmung entgegen zu treten, Europa würde von unbeherrschbaren Massen afrikanischer Flüchtlinge überrollt. Noch immer gelangt nur ein kleiner Teil der globalen Migration nach Europa und viele davon sterben auf dem Weg. Seit dem Unglück vor Lampedusa wird oft auf das neue Grenzüberwachungssystem EUROSUR verwiesen, mit der Hoffnung, so könnten Menschenleben gerettet werden. Das wäre vielleicht sogar möglich, nur, wie soll das mit einem Instrument geschehen, dessen Ziel der Schutz der Grenzen und die Bekämpfung sogenannter illegaler Migration ist?

Dasselbe gilt natürlich für die Grenzschutzagentur FRONTEX. Deren Auftrag ist ganz klar die Abschottung der Außengrenzen, deshalb ist die Agentur auch nicht reformierbar und gehört abgeschafft. Solange FRONTEX an den Außengrenzen im Einsatz ist, so lange wird dort auch die Migration bekämpft werden. Das

zeigt sich sehr gut an dem aktuellen Vorhaben, FRONTEX mit Regeln zur Rettung auf See auszustatten, eigentlich eine gute Sache. Aber schon jetzt ist klar, dass die Innenminister der Mitgliedstaaten dies mit aller Macht verhindern wollen.

Um die Abschottung Europas zu beenden, habe ich mich immer strikt für eine Abschaffung des Dublin-Systems eingesetzt. Dublin legt fest, welcher Staat für einen bestimmten Asylantrag zuständig ist, meist Griechenland, Malta oder Italien. Die meisten Abschiebungen in Europa dienen nur dazu, die Asylsuchenden zurück nach Italien oder Griechenland zu bringen. Damit ist Dublin ein Kernstück der Festung Europa. Wegen Dublin erscheint es den Staaten im Süden schlichtweg günstiger, Flüchtlinge ertrinken zu lassen anstatt sie aufzunehmen. Die Bedürfnisse der Menschen spielen kaum eine Rolle, genau das wäre aber die Voraussetzung für eine humane Flüchtlingspolitik.

Ein Anfang, um die Misere im Mittelmeer zu beenden, wäre die Einrichtung von offenen Aufnahmezentren an den südlichen Grenzen, wo Flüchtlinge und Migranten niederschwellig Obdach, medizinische Hilfe und rechtliche Beratung erhalten könnten. Dies, und die überfällige Abrüstung der Außengrenzen würden mehr Menschenleben retten als EUROSUR und FRONTEX zusammen.

**Abschottung beenden,  
EUROSUR abrüsten!**





Mehr als alle anderen Whistleblower hat Edward Snowden gezeigt, welches Ausmaß die Überwachung durch die westlichen Geheimdienste im 21. Jahrhundert erreicht hat. Die regelmäßigen Veröffentlichungen aus den Dokumenten Snowdens, die Anfang Juni 2013 begonnen haben, dauern auch 2014 noch an. Ein Ende der Affäre ist nicht in Sicht.

Schon im Sommer 2013 gab es in Deutschland den peinlichen Versuch, die Angelegenheit für beendet zu erklären, bis bekannt wurde, dass auch das Handy der Kanzlerin jahrelang abgehört worden war. Das Europaparlament startete seine eigene Untersuchung. Da es keine eigenen Untersuchungsrechte besitzt, wäre es wichtig gewesen, den von mir mehrfach geforderten Sonderausschuss einzurichten, statt 15 Anhörungen am Rande des übrigen Betriebs zu veranstalten.

Es ergibt sich ein Gesamtbild mit einem Netzwerk aus Geheimdiensten, die im Namen der »nationalen Sicherheit« und der Bekämpfung des Terrorismus in riesigem Umfang Daten miteinander tauschen. Die Dienste, allen voran NSA und GCHQ, agieren aufgrund viel zu allgemein gehaltener Ermächtigungen, die dann noch regelmäßig übertreten werden. Die vorgesehenen Kontrollstrukturen haben völlig versagt. Die Geheimdienste hatten freie Hand, ihre Überwachung auszubauen und ein System zu schaffen, mit dem ein Geheimdienst Informationen von den anderen erhalten kann, die er selbst sich nicht legal beschaffen könnte, etwa weil es um die eigenen StaatsbürgerInnen geht.

Überwachungsprogramme wie PRISM und Xkeyscore dienen der massenhaften Datensammlung. Werden die Daten miteinander verknüpft und Profile daraus gebildet, offenbaren sie extrem viel über uns. Um die riesigen Datenmengen zu verarbeiten, haben die Geheimdienste auch die entsprechenden Rechenkapazitäten beschafft. So ist ein Überwachungssystem entstanden, das selbst Geheimdienstkenner überrascht.

# Asyl für Snowden, Geheimdienste abschaffen !

Bemerkenswert ist der Druck, der auf die Protagonisten der Enthüllungen ausgeübt wird. Snowden sitzt noch immer in Russland fest. Der Journalist Glen Greenwald, der die meisten Dokumente Snowdens aufbereitet hat, lebt in Brasilien und meidet die USA oder Großbritannien. Sein Mann, David Miranda, wurde in Heathrow stundenlang unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung festgehalten. Der Guardian musste unter Aufsicht Festplatten zerstören, der Chefredakteur im britischen Parlament aussagen. Pikant ist, wie Journalisten drangsaliert werden. Skandalös ist es, wie die nach 2001 beschlossenen Anti-Terrorgesetze benutzt werden, um unliebsame Journalisten einzuschüchtern. Das ist genau der Missbrauch der Anti-Terrorgesetze, den wir vor zehn Jahren vorausgesagt haben.

Natürlich brauchen wir Asyl für Snowden und besseren Schutz für Whistleblower. Mit dieser Forderung wird aber umso deutlicher, dass die eigentlichen Kontrollstrukturen versagt haben. Aus dem Europaparlament heraus werden sich Geheimdienste, wie es die linke Fraktion richtig fordert, nicht abschaffen lassen. Daher gilt es immer wieder zu zeigen, wie sehr die heutigen Kontrollmechanismen versagt haben. Nur aufgrund meines Vorschlags hat der Innenausschuss des Europaparlaments Schritte eingeleitet, um Snowden zu befragen.

**»Wenn Geheimdienste unser Leben allumfänglich überwachen, gerät der Rechtsstaat in Gefahr.«**

# Rechtsextreme und Rechtspopulisten gehören nicht ins Europaparlament !

**»Rechtsextremisten und Rechtspopulisten müssen wir überall bekämpfen: in den Parlamenten, in den Rathäusern und auf der Straße.«**

Rechte und rechtsextremistische Parteien haben sich im Umfeld der Krise deutlich gestärkt. Sie richten sich gegen die sogenannten »Altparteien« und »Eliten« und sind im Kern antieuropäisch, weil sie auf nationalistische Konzepte setzen. Ihre Klientel sind Globalisierungsverlierer, viele Menschen, die Angst vor sozialem Abstieg oder anderen Bedrohungen haben. Diese Parteien leben von Feindbildern, zu denen nicht nur Migranten, Muslime, Roma und Sinti oder Juden gehören. Auch Homophobie ist ein ideologischer Grundbaustein all dieser Parteien.

Die antidemokratische Krisenpolitik der letzten Jahre hat die Ängste vieler Menschen bestärkt, weil sie sich dieser Politik hilflos ausgesetzt fühlen. In zahlreichen Ländern sind rechtsextreme, teilweise offen faschistische Kräfte in Parlamenten stark vertreten, also keine Randerscheinung mehr. Sie verbünden sich im Europaparlament immer offensichtlicher mit konservativen Strömungen und wirken auf die Entscheidungen des Parlamentes wachsenden Einfluss aus. Dieser Tendenz müssen wir entschieden entgegen treten, indem wir die Politik solcher Kräfte nicht einfach ausblenden, sondern ernst nehmen und entlarven. Zugleich müssen wir aber auch die Ängste der Bürger/innen konstruktiv aufarbeiten helfen. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien müssen entmystifiziert, delegitimiert und die Menschen über ihre Absichten aufgeklärt werden ! Dazu gehört,



sich gegen die Feindbilder dieser Parteien aufzustellen, ihren menschenverachtenden Charakter zu verdeutlichen und jedwede Diskriminierung von Menschen aktiv zu bekämpfen! Wir als Linke können dazu sehr viel beitragen, weil wir große Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit solchen Parteien in vielen unserer Länder haben, auch in Deutschland. Als Dresdnerin erlebe ich jedes Jahr im Umfeld des 13. Februar wie wichtig es ist, auch die Straßen Nazis nicht zu überlassen. Dresden zeigt jedes Jahr, dass die Bürgerinnen und Bürger durch gemeinsame parteiübergreifende Aktionen fähig sind, erfolgreich solchen politischen Kräften entgegenzutreten. Und ich bin stolz darauf, dass es mittlerweile eine gute Tradition ist, dass tschechische und polnische Linke an den Demonstrationen und Aktionen gegen Nazis in Dresden teilnehmen. Das ist gelebte Solidarität. Nur in breiten Bündnissen, auch auf europäischer Ebene, lässt sich rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften beikommen. In diesen Kämpfen leistet die Linke in Europa einen herausragenden Beitrag. Sie hat große Traditionen des Widerstandes und dafür viele Opfer gebracht, wie in Griechenland, Spanien oder Portugal. Und sie ist zuverlässige Bündnispartnerin im außerparlamentarischen Kampf seit vielen Jahren. Daran wollen wir auch in den nächsten Jahren anknüpfen!



